

B e s c h l u s s a n t r a g der FPÖ - Landtagsabgeordneten Ing. Udo Guggenbichler, MSc, Manfred Hofbauer, MAS, Nikolaus Amhof, Michael Eischer, Georg Fürnkranz und Michael Stumpf, BA betreffend „Verbot von Plastikmüllsäcken im öffentlichen Raum“, eingebracht in der Landtagssitzung am 28.1.2020 zu Post 2

In den vergangenen Jahren wurden auf europäischer wie auch auf österreichischer Ebene mehrere Gesetzesinitiativen auf den Weg gebracht, mit dem Ziel, Plastikabfall - im Besonderen jenen, verursacht durch Einwegprodukte - einzudämmen. Seit 1.1.2020 gilt in Österreich die von Türkis-Blau initiierte Novelle des AWG-Deregulierungsgesetz, die sich unter anderem durch ein flächendeckendes „Plastiksackerlverbot“, Einweg-Tragetaschen, auszeichnet.

Nun sind die Länder in der Pflicht, die vom Bund vorgegebene Grundrichtung auch in der Landesgesetzgebung zu verankern und durch ergänzende Regeln auszubauen. Das im verhandelten Geschäftsstück vorgesehene Verbot von Einweg-Geschirr bei Großveranstaltungen im öffentlichen Raum ist ein Beispiel dafür. Leider fehlen im Bereich der Müllentsorgung - konkret etwa der verpflichtende Einsatz von biologisch abbaubaren (kompostierbaren) Müll- bzw. Hundekotsackerln - mutige Initiativen.

Die gefertigten Landtagsabgeordneten stellen daher gemeinsam mit den Mitunterzeichnern gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den für den Wiener Landtag nachfolgenden

B e s c h l u s s a n t r a g

Der Wiener Landtag wolle beschließen:

Das zuständige Mitglied der Wiener Landesregierung wird dazu aufgefordert, die notwendigen gesetzlichen Rahmenbedingungen zu schaffen, um den Einsatz biologisch abbaubarer Plastikmüllsäcken und Hundekotsackerln im öffentlichen Raum zu forcieren.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung dieses Antrages beantragt.

Udo Guggenbichler
Manfred Hofbauer
Nikolaus Amhof
Michael Eischer
Georg Fürnkranz
Michael Stumpf

do

- G - SPÖ

MAGISTRATSDIREKTION DER STADT WIEN ABGELEHNT
Eing.: 28. JAN. 2020
PGL-89837-2020-KPP/LAT
Geschäftsstelle Landtag, Gemeinderat, Landesregierung und Stadtsenat